

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Exzellenz Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 199

Nr. 23

Mittwoch, den 28. Januar 1925

20. Jahrgang.

### Die Räumungsnote überreicht.

Berlin, 28. Januar. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans sowie der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben heute mittag 12 1/2 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichkanzler eine neue Kollektionsnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, daß sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 8. Januar dieses Jahres darstelle. Er fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigen, eine weitere dritte Note ausführlicheren Inhalts so bald als möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen.

Der Reichkanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlusfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angeforderte Material erhalten würde, mit dem die Räumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung dieses Material sobald als möglich zugehen lassen wollten. Er wolle aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwerezustande nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

#### Der Inhalt der Note.

Berlin, 28. Jan. Die von den alliierten Vertretern heute mittag dem Reichkanzler übergebene neue Kollektionsnote in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Dr. Stresemann am 8. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, womit die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Besetzung des als „Römer Bone“ bezeichneten Teiles des von den alliierten Truppen besetzten Rheinlandgebietes bezieht.“

Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten (?), oder sich auf Behauptungen einzulassen, die

sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektionsnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, welche festsetzt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt anzusehen sind. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilungen zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie indessen die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt und haben eine Verkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt.

Da gewisse Bedingungen des Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, die alliierten Regierungen durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen in den Stand zu setzen, in dem Befehlsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels auf das genaueste zu erfüllen.“

Die Reichsregierung ist sich in ihrer heutigen Sitzung über die Antwort schlüssig geworden, die den alliierten Vertretern am Dienstag vormittag zugestellt und alsdann veröffentlicht werden wird.

### Die neue Regierung und die Außenpolitik.

Von Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, M.D.D.

Die Regierungserklärung des Kabinetts hat mit einem besonders herzlichen Dank an den früheren Reichkanzler Marx, dessen außenpolitische Verdienste und Erfolge hervorgehoben wurden. Das stand mit dem, was in der Regierungserklärung über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts gesagt wurde, nicht in Widerspruch, denn im einzelnen wie im allgemeinen berief sich der neue Reichkanzler auf die Daten und die Haltung des alten Kabinetts, dessen auswärtige Politik man fortführen will. Eine leise Widmung war allerdings schon in der Regierungserklärung festzustellen. Die Worte über den Balfour-Bund waren so zurückhaltend, daß die letzte Stresemannsche Note sehr gut zu ihnen paßt. Die Gegenüberstellung von Balfour-Bundgedanke und Durchführung wirkte in diesem Zusammenhang erklärend. Und die Betonung der Kriegsfrage im Zusammenhang mit der Balfour-Bundfrage war auch nicht geeignet, Brücken zu schlagen und einen freundlichen Eindruck zu machen. Ein positives Programm in der dringenden Räumungsfrage wurde nicht einmal angedeutet; und doch wird sich jeder denkende Politiker darüber klar sein, daß ohne eine deutsche Initiative die deutschen Interessen garnicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist die Regierung mit jedem Schritt, den sie tut, in einer ungünstigeren Lage als ihre Vorgängerin. Aus der ganzen ausländischen Presse ist zu ersehen, daß diesem Kabinett das Vertrauen in den guten Willen nicht entgegengebracht wird, dessen Marx als Reichkanzler sich in so hohem Maße erfreute. Diese Lage wird eine sehr wichtige Folge haben. Auch das Entgegenkommen, auch der weitgehendste Besitz eigener Vorschläge die politischen Fragen werden, wird in seiner Wirkung durch die Gegenseite gehemmt sein. Sie wird sich über einen höheren Preis verhalten als seines Vorgängers, und es besteht die Gefahr, daß es ähnlich geht wie der Regierung späteren Lösungen und Lösungsvorschlägen schon einmal niedergelegt worden. Gegenseite nahm sie wegen mangelnden Vertrauens auf. Ein solcher Zustand könnte sich umfänglich wiederholen, wenn die eigentlichen Regierungspolitiker und Volkspartei in ihrer Haltung und in ihren offiziellen Äußerungen das zeigen, was sie in der Debatte über die Regierungsrung begonnen haben. Wir denken dabei nicht erst sehr an die gedruckten und veröffentlichten Äußerungen des deutschen Redners, des Grafen Westarp; von ihm konnte man nichts anderes erwarten und die Betonung der Kriegsschuldfrage als Gegenstand der offiziellen Politik mußte man in Kauf nehmen. Viel seltsamer war, was der volksparteiliche Redner Dr. Scholz sagte. Er warnte geradezu vor dem Eintritt in den Balfour-Bund, den Deutschland in Rücksicht auf sein Verhältnis zu Rußland nicht vollziehen dürfe. Dabei hat doch gewiß die Zeit seit dem Rapallovertrag gelehrt, daß bei aller wirtschaftlichen Bedeutung der Disposition politisch für die nächste Zukunft von einer Orientierung positiv garnichts zu erwarten wäre, negativ aber beträchtlicher Schaden.

Wenn man Außenpolitik treibt, muß man sich in die Gedankengänge der Gegenseite versetzen. Herr Scholz müßte wissen, welche Rolle in Frankreich die Sicherheitsfrage spielt, wofür er bei allen französischen Politikern. Man sieht dort eine Zukunftsbewertung darin, daß den über 60 Millionen Deutschen nur 40 Millionen Franzosen gegenüberstehen, und daß anfalls der Krieg verbündeten starken Rußlands das ungesicherte Polen getreten ist. Wir mögen diese Beforgnisse, wenn wir deutsche und französische Truppenführer vergleichen, noch so lächerlich finden: die Einstellung besteht nun einmal in Frankreich und ist damit eine Realität für uns. Herr Scholz hat als schmerzloser Engel den Hebern in Frankreich nur neues Material geliefert. Er hat sich nicht klar gemacht, daß die französische Regierung bei dem Versuche, die Sicherheitsfrage auf diplomatischem Wege zu lösen, zweimal gescheitert ist. 1919, als Amerika den abgeschlossenen Vertrag nicht ratifizierte, 1924, als die englische Regierung ihre Unterschrift nicht unter das Genfer Protokoll setzte. Das sind die entscheidenden Tatsachen in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und damit in der deutschen Politik überhaupt. Indem es Deutschland im September verabschiedete, seinen Beitritt zum Balfour-Bund zu erklären, hat es die Lage noch verschärft; denn die Regierung wurde so angelegt, als ob Deutschland sich von Vertragsverpflichtungen von Versailles entziehen wollte. Jeder offizielle Schritt in der Kriegsschuldfrage

### Herriot über die Militärkontrolle.

Paris, 28. Jan. Die Kammer hat heute die Beratung über das Budget des Außenministeriums fortgesetzt. Die Vormittagsitzung war fast ganz ausgefüllt durch eine mehrstündige Rede des nationalförmlichen Abgeordneten Obersten a. D. Fabry, der besonders auf die angeblich unzureichende Überwachung Deutschlands einging und den Nachweis versuchte, daß die Mißerfolge der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland nicht durch die Ruhrbesetzung, sondern durch planmäßige Bemühungen des Generals von Seeck und des Reichswehrministers Seeck zu erklären seien. Der nationalförmliche Redner forderte unter Beifall der Opposition die Regierung und das Kabinett auf, nicht die Franzosen verantwortlich zu machen für Vorwände, die ausschließlich durch das „Nebelwollen“ Deutschlands zu erklären seien.

Herriot ergriff dann das Wort, um sich gegen Fabrys Vorwürfe zu verteidigen. Er sagt, es handele sich darum, festzustellen, ob die Ruhrbesetzung die Kontrolle geniert oder verhindert habe. Er habe niemals behauptet, daß die Kontrolle 1922 leicht gewesen sei. Die Verantwortung dafür trage Deutschland, aber die Kontrolle war bis zur Ruhrbesetzung immerhin möglich. Mit dem Beginn der Ruhrbesetzung konnte die Überwachung nicht mehr durchgeführt werden. Nach der Aufgabe des passiven Widerstandes habe man sich bemüht, die Kontrolle wieder zu beginnen. Aber erst nach dem Zusammenkunft mit Ramsay MacDonald in Chequers hätten diese Bemühungen Erfolg gehabt. Herriot bleibt dabei, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die Ursache für das völlige Versagen der Kontrolle gewesen ist. (Beifall links.) Herriot erklärt auf einen Zwischenruf Maginots: „Wir werden die Überwachung nur durchführen können, wenn alle Verbündeten einig bleiben. Sobald Deutschland merkt, daß die Anschauungen verschieden sind, wird es jede Gelegenheit dazu benutzen, sich der Überwachung zu entziehen.“

#### Ein Dreibund des Ostens.

Meldungen aus Tokio bestätigen die große Popularität des russisch-japanischen Vertrages. In Tokio, wo man nun offen von der baldigen Bildung des neuen Dreibundes zwischen Japan, China und Rußland spricht, lehnt die japanische Regierung es ab, sich über die Singapur-Frage zu äußern, die die Öffentlichkeit anzuschneiden versucht.

### Republikanischer Tag im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 28. Jan. In Ingelheim veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammen mit der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei einen großen „Republikanischen Tag“, wobei der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Koresell die politische Festrede übernommen hatte. Mit dem Kabinett Kauter, das nur eine mühsam vermittelte Rechtsregierung darstelle, dürfe es kein Baktieren geben. Vor allen anderen deutschen Gauen stehe das besetzte Gebiet, was es an der Republik hat, und daß eine andere Staatsform nicht mehr in Betracht kommt. Für ein republikanisches Deutschland hätten die besetzten Gebiete ungeheure Opfer gebracht, und sie würden der Republik die Treue halten, gelte es, was es wolle.

An den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm geschickt, das ihm das Treugelübde ausdrückte.

Der Festzug umfaßte mehrere tausend Teilnehmer. Ingelheim war festlich für den Republikanischen Tag geschmückt.

#### Dr. Eöner in London.

London, 28. Jan. Dr. Eöner von der deutschen Zepplingengesellschaft und der Vizepräsident Lehmann sind in England eingetroffen, um mit dem Direktor der englischen Luftschiffahrtsgesellschaft, Lordetentaplan Burnah zu verhandeln. Wie verlautet, beziehen sich die Erörterungen auf die allgemeine Entwicklung des Luftschiffbaues, besonders handelt es sich dabei um Vorschläge zur Einführung eines internationalen Veranerkennungssystems für Handelsluftschiffe, um den Luftschiffen die Möglichkeit zu geben, an jedem Ankerort festzumachen. Die Besprechungen beziehen sich auch auf die Einrichtung eines transatlantischen Dienstes durch die englische Luftschiffahrtsgesellschaft und die deutsche Zepplingengesellschaft.

#### Innenminister Müller bleibt?

Dresden, 28. Jan. In verschiedenen sächsischen Blättern und in solchen des Reiches ist am Freitag die Behauptung aufgestellt worden, daß der sächsische Innenminister Müller die Absicht habe, in den nächsten Tagen aus der Regierung auszuscheiden, um das Amt des Kreishauptmanns von Chemnitz zu übernehmen. An dieser Behauptung ist, wie die S.D.A.-Stimme meldet, nicht ein einziges wahres Wort. Insofern sind auch die aus der falschen Meldung gezogenen Schlussfolgerungen hinfällig.

immer die gleiche Wirkung haben. Mit der bisherigen Politik kommen wir also nicht weiter. Es gilt, einen neuen Weg zu finden.

Er kann nur darin bestehen, daß Deutschland von sich aus der französischen Regierung einen Garantiepakt anbietet, allerdings unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit und unter Einziehung Englands. Das würde beiden Mächten erwünscht sein. Denn indem England als grenznachbarlich unbeteiligte Macht einbezogen wäre, würde es von selbst zu dem den beiden Mächten genehmen Treupakt ihrer Verpflichtungen und Versicherungen. In einem solchen Pakt müßte die Schaffung einer militärisch — nicht politisch — neutralisierten Zone einen wichtigen Teil bilden. Es ist sicher damit zu rechnen, daß eine derartige Anregung ihren Boden findet, schon deswegen, weil in den Kreisen der englischen Konservativen derartige Pläne seit langer Zeit erwogen werden. Die frühere Regierung Baldwin hat sich bereits mit ihnen beschäftigt. Die Gegenseitigkeit eines solchen Garantiepaktes würde natürlich doppelt gesichert, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes wäre. Realpolitische Erwägungen weisen den Weg nach Genf, wobei ganz unerleutet ist, ob man den bestehenden Völkerbund für ideal hält oder nicht, ob man ihm große Wirkungen zutraut oder nicht. Es handelt sich in diesen Dingen nicht um den Gegensatz zwischen Ideologie und Realpolitik, sondern um die Auseinandersetzung zwischen Sentimentalität und Wirklichkeit.

Die Antwort Rainaldys überreicht.

Paris, 26. Jan. Der französische Handelsminister hat seine Antwort heute abend sieben Uhr der deutschen Delegation zugehen lassen, die darauf sofort zu einer Beratung zusammengetreten ist. Die französische Antwort umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten.

Berlin, 27. Jan. Ueber den Inhalt der Antwort Rainaldys meldet die „Zeit“ aus Paris: In der Note wird zuerst betont, daß Frankreich den ersten Willen habe, zu einem endgültigen Handelsvertrag zu kommen. Weiter wird in der Note der deutschen Delegation der Vorwurf gemacht, daß allein von der deutschen Delegation der Gedanke ausgegangen sei, daß die Verhandlungen eine freundschaftliche Unterbrechung erfahren sollten. Die Note verlangt dann von der deutschen Delegation nähere Einzelheiten über die Haltung des Reiches hinsichtlich der elfstündigen Kontingente und hinsichtlich der Einfuhr gewisser anderer französischer Artikel. In gut unterrichteten französischen Kreisen erklärt man, daß man guten Grund zu der Annahme habe, daß die künftigen Verhandlungen nach Uebergabe der Note zwischen den Delegationen wieder beginnen werden.

Keine Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 26. Jan. Das französische Handelsministerium mit, daß die Besprechungen mit der deutschen Delegation in den nächsten Tagen nach dem Notenaustausch werden sollen. An eine Unterbrechung der Verhandlungen werde nicht gedacht.

Die deutsche Delegation in Paris.

Paris, 27. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß am Montag morgen in der deutschen Delegation ein Einbruch verübt worden ist. Einem Diebstahl wurde die Brieftasche mit 500 Mark deutsches Geld, einer Summe französisches Geldes und ein Koffer gestohlen. Eine Stenotypistin erachte, als sie den Einbrecher in ihr Schlafzimmer eingebrochen sah, rief sie laut auf und schrie, während der anwesende Schmutzfackel zusammenpaktete.

Um die Regelung der französischen Kriegsschulden.

New York, 25. Jan. Der Präsident der internationalen Handelskammer und Vizepräsident der Guaranty Trust-Compagnie Booth ist nach Frankreich abgereist um mit Clementel die Frage der französischen Kriegsschulden zu besprechen.

Zur Aufwertungsfrage.

In der letzten Wahlbewegung hat der Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband ostentativ, wenn auch sachlich vollkommen unbegründet, gegen die Deutsche Demokratische Partei Stellung genommen. In den meisten Wahlbezirken hat er ganz offen eine Wahlparole zugunsten der Deutschnationalen Volkspartei ausgegeben. Die Deutschnationalen haben allerdings mit unerlöblichen Wählerversprechungen in der Frage der Aufwertung nicht gezögert, legen aber jetzt, nachdem das Reichsfinanzministerium in deutschnationalen Hände gelangt ist, nicht das geringste Bestreben an den Tag, auch nur einen bescheidenen Teil ihrer Wählerversprechungen zu erfüllen. Statt dessen erhalten jetzt die demokratischen Fraktionen von Untergruppen und Landesverbänden des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverbandes (und zwar gerade aus den Wahlbezirken, in denen dieser Verband eine Parole zugunsten der Deutschnationalen ausgegeben hatte) sehr freundliche Briefe, in denen sie um Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes gebeten werden. Insbesondere werden sie von dem Verbande ersucht, ihn gegen die mächtigen Wirtschaftsgruppen zu schützen, die eine angemessene Aufwertung sabotieren wollen. Der genannte Verband vergißt hierbei leider, daß diese „mächtigen Wirtschaftsgruppen“ derjenigen Partei am nächsten stehen, deren Wahl der Sparer-Schutzverband mit allen Mitteln gefördert hat. Das hält natürlich die demokratischen Fraktionen nicht ab, die Frage der Aufwertung mit dem Verantwortlichkeitsbewußtsein und dem politischen Ernst zu behandeln, die ihr zukommen. Sowohl die Reichstags- als auch die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben besonders Ausschüsse zur Bearbeitung dieser Finanzfragen eingesetzt.

Das Ende der Herrmann-Hetze.

Zusammenbruch der rechtsradikalen Anschuldigungen.

In dem Verurteilungsverfahren gegen das Urteil im ersten Herrmann-Prozess wurden, wie gemeldet, Minister Herrmann und die drei mitangeklagten Kreisdirektoren freigesprochen. Der angebliche Standaßprozeß endet also mit einer vollen Rehabilitierung des Ministers Herrmann. Die Kurben des Prozesses gegen den sozialistischen Minister sind nicht ohne großes politisches Interesse; zeigen sie doch, wie heute in Deutschland Tendenzprozesse aus politischen Gründen geführt werden, und wie eine verantwortungslöse Presse angebliche Tatsachen, die noch nicht einmal untersucht worden sind, als feststehende Selbstverständlichkeiten in die Welt posant. Die Anklage ging seinerzeit dahin, daß Minister Herrmann in einer Reihe von Fällen falsche Beurkundungen vorgekommen und außerdem an Waffenschleibungen sich beteiligt habe. Obwohl es sich bei den angeblich falschen Beurkundungen um Vordatierung von Beamtennennungen handelte, über deren Ueblichkeit alte Ministerpraktiker durchaus mit sich reden lassen, nannten führende Blätter der Reichspresse daraufhin den Minister Herrmann, ehe noch die Verhandlungen begonnen hatten, einen Urkundenfälscher. Der erste Prozeß, der eine prozessual völlig unzulässige Verurteilung der Belastungszeugen als besonders forensische Verwerflichkeit zeigte, ging damit aus, daß Minister Herrmann zu einer Geldstrafe von 1000 Goldmark aus formalen Gründen verurteilt wurde, und daß die ehrenrührigen Behauptungen über eine Verleumdung in sich zerfielen und sich als bloße Verleumdungen herausstellten. In dem Verurteilungsverfahren, das gestern zu Ende ging, wurde das Urteil des Großen Schöffengerichts vom 7. Juli 1924 aufgehoben und nur ein nachgeordneter Beamter verurteilt. Der ganze Prozeß stellte sich als eine aus der vergifteten Atmosphäre Thüringens allein zu erklärende Tendenzsache heraus, und es wird hoffentlich zur Entgiftung des öffentlichen Lebens in Thüringen beitragen, daß endlich das Recht über die Tendenz gestiegen hat.

Große Veruntreuungen?

Halle, 26. Jan. Die Rutsche-Spritschieber-Affäre scheint noch immer neue Enthüllungen zu bringen. Besonders ist es die Person des Bankdirektors Reich, mit der man sich in Halle eingehend beschäftigt. Wie man hört, soll sich Direktor Reich, der seinerzeit nach Holland geflohen war, dort nicht mehr aufhalten, sondern bereits auf der Fahrt nach Amerika sein. Sein Schwager, ein bekannter Halleischer Arzt, soll mit den maßgebenden Stellen eingehend über das Auslieferungsverfahren konferiert haben, da nicht nur die Kredite an Reich, sondern auch die zur Flucht veranlaßt haben sollen. Reich war der Vermögensverwalter der Frau Riebel von den Riebel-Montanwerken. Auf den Namen der Frau Riebel sind während der Inflationszeit von Reich Börsenspekulationen getätigt worden. Bei seiner Flucht soll Direktor Reich das ganze Vermögen der Frau Riebel — es wird von einer Summe von zwei Millionen gesprochen — mitgenommen haben. So daß die alte Dame, die dem Direktor ihr volles Vertrauen entgegengebracht hat, nunmehr völlig mittellos dasteht.

Politische Rundschau.

Eine Denkschrift über das Besoldungsgesetz. Dem Reichstag ist eine Denkschrift über das Besoldungsgesetz zugegangen. In der Denkschrift wird zunächst auf die Entstehungsgeschichte des Besoldungsgesetzes eingegangen. Ueber die Wirkung des Gesetzes wird gesagt, daß es bisher seinen Zweck soweit erreicht habe, als verhindert werden sollte, daß das Reich infolge Ueberbietung durch die Länder und Gemeinden immer wieder zu neuen Besoldungsregelungen für seine Beamten gezwungen würde. Die Denkschrift behandelt dann ausführlich die Gründe für das Fortbestehen und die Gründe für eine spätere Aufhebung des Besoldungsgesetzes. Es wird gegen das Gesetz angeführt, daß die finanzielle Auswirkung insofern gering wäre, als die den Gemeinden im Falle der notwendig werden Herabsetzung ihrer Beamten die bisherigen gewöhnlichen Vorteile in anderer Weise gewährt würden. Die Denkschrift setzt sich ausführlich mit all diesen Bedenken auseinander und kommt zu dem Schluß, daß die durch das Gesetz herbeigeführte Bindung der Länder und Gemeinden unbedingt notwendig war und daß diese Bindung solange notwendig ist, als nicht die Befreiung des gegenseitigen Ueberbietens beseitigt ist. Daß diese Befreiung auch jetzt noch nicht beseitigt ist, dürfte, wie die Denkschrift zum Schluß feststellt, nicht zweifelhaft sein.

Reichseisenbahn und Kraftwagenverkehr.

Leipzig, 25. Jan. In einer Besprechung der Industrie- und Handelskammer in Halle machte ein Vertreter der Reichsbahn sehr interessante Ausführungen. Er erklärte, daß die Eisenbahn den Kraftwagenverkehr begrüße, soweit er als Frachtmittel auftritt. Sie müsse ihn aber mit aller Entschiedenheit bekämpfen, wenn er ihr Konkurrenz mache. Dies geschehe jetzt in einem Maße, daß die Reichsbahn nicht ruhig zusehen dürfe. So sei Leipzig neuerdings Mittelpunkt eines ausgedehnten Kraftwagenverkehrs geworden und erst vor 14 Tagen habe man eine Kraftautolinie Leipzig—Magdeburg—Hamburg eingerichtet. Weiter bestanden Linien Leipzig—Berlin und Leipzig—Chemnitz—Dresden. Bei dieser Konkurrenz sei die Eisenbahn von vornherein im Nachteil, denn sie habe nicht nur Hunderte von Millionen an Reparationskosten zu tragen, sondern sie müsse auch riesige Unterhaltungskosten aufbringen. Sie wolle den Kraftwagenverkehr nicht mit Gewalt unterbinden, aber sie werde die Konkurrenz ausschalten, indem sie besser arbeite als die Autos.

Frontkämpfer Bazille.

Aus Stuttgart wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben: „Staatspräsident Bazille hatte dieser Tage in Stuttgart an der Reichsgründungsfeier des Frontkämpferbundes teilgenommen, ein Vorgang, den der demokratische „Beobachter“ mit der Bemerkung registrierte, daß es doch merkwürdig sei, daß Staatspräsident Bazille erst sechs Jahre nach dem Kriege unter die Frontkämpfer gegangen sei. Auf diese Bemerkung hin verlangte Bazille die Durchsicht der Redaktion des „Beobachters“, allerdings ohne Erfolg.

Aus Stadt und Land.

Am 27. Januar 1925

Das sächsische Bauhandwerk auf der Ausstellung „Wohnung und Siedlung“.

Die „Sächsische Handwerker- und Gewerbezeitung“ erteilt einen Aufruf an das sächsische Bauhandwerk, in dem es heißt: Die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden veranstaltet auch in diesem Jahre vom 15. Mai bis Ende September eine Ausstellung. Aufgabe der diesjährigen Ausstellung ist es, Qualitätsleistungen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft und des Wohnungswesens unter dem Stichwort „Wohnung und Siedlung“ der Öffentlichkeit und den Interessenten vor Augen zu führen. In Anbetracht der bevorstehenden Belebung des Wohnungswesens ist die Ausstellung von besonderer Bedeutung. Es handelt sich dabei nicht um eine Angelegenheit des Dresdner Handwerks. Die Ausstellung ist eine Schau deutscher Arbeit, die Beteiligung und Bedeutung geht also noch weit über die Grenzen unseres sächsischen Landes hinaus. Bau- und Wohnwirtschaft sind zwei ur-eigene Abzweigungen des Bauhandwerks, und es ist direkt eine Stundbesfrage, daß auf dieser Ausstellung der Anteil des Gewerbes offensichtlich zutage tritt. Wohl lasten die wirtschaftlichen Verhältnisse schwer auf dem einzelnen Betriebe, aber hier bei dieser Ausstellung handelt es sich direkt um eine Existenzfrage und um eine Art Absatzförderung für den genannten Berufsstand. Darum kann und darf das Bauhandwerk nicht fehlen, wenn es nicht in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken will, als ob auch der Baumarkt und das Wohnungswesen heute von der Industrie beherrscht würden. Das Bauhandwerk wird nach den vorliegenden Plänen große Ausstellungshallen, um ein Biersed gruppiert, schaffen, in denen über 5000 Quadratmeter Ausstellungsfläche vorhanden sind. Außerdem soll ein Innungshaus gebaut werden mit Ausstellungsräumen und einer historischen Innungsgaststube. Es erwachsen zwar enorme Kosten, aber sie werden gedeckt bei voller Ausnutzung der Räume. Die Gebäude werden übrigens von der Ausstellungsgesellschaft für die Ausstellung im nächsten Jahre angekauft werden. Die Entwürfe der Schmiedlichen Bauten stammen von Herrn Baumeister Raab. Es soll ein erschöpfendes Bild über die Leistungsfähigkeit und den fortschreitenden Geist im Bauhandwerk und dem Handwerk überhaupt gegeben werden.

Beamtenbesoldung. In ausnahmsweiser Abweichung von der durch Verordnung vom 24. April 1924 getroffenen Regelung ist vom Gesamtministerium angeordnet worden, daß die den Beamten, Lehrern, Behördenangestellten und sonstigen Bediensteten am 31. Januar zahlbaren Dienstbezüge, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind und ohne Gewähr für die Einhaltung des Haushalts, bereits am 30. Januar 1925 ausbezahlt werden.

Als Fundgegenstände liegen u. a. beim Volkspolizeiamt: 1 goldener Ring, 2 Regenstirme, 1 Wolldecke, 1 Mantel, 1 Klemmer, 1 Bekleidungsgegenstand, mehrere Anhängel, mehrere Geldstücke mit Inhalt, verschiedene Geldstücke, Kleingeld, Strümpfe, 1 Handbeutel mit Spielkarten.

Lohnnachweis an die Berufsgenossenschaften. Die Mitglieder von Berufsgenossenschaften haben den Lohnnachweis für das vergangene Jahr ohne weiteren Verzug, spätestens aber bis zum 11. Februar an die Berufsgenossenschaften einzureichen. Sonst stellen diese den Nachweis selbst auf, verlieren die Mitglieder das Recht der Beschwerde gegen die Höhe des Beitrags selbst im Falle einer erheblichen Ueberschätzung und sehen sich die Säumigen der Befehl der Bestrafung aus.

Steuerwünsche der sächsischen Handelskammern. Die sächsischen Handelskammern haben eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der sie die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Nachveranlagung der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1924 betonen und die Rückvergütung der zuviel entrichteten Vorauszahlungen verlangen. Die Eingabe tritt ferner ein für eine weitere Herabsetzung der Vorauszahlung an die Einkommensteuer, sowie für steuerliche Erleichterungen zugunsten besonders schwer betroffener Unternehmen. Ferner wird eine weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer, sowie die völlige Beseitigung der Luxussteuer und die Befreiung der Ausfuhr von jeder Art Umsatzsteuer verlangt.

Neue Klebenmarken. Neue Invalidenmarken für eine Woche werden in 5 Lohnklassen wieder für alle Versicherungsanstalten ausgegeben. Das linke obere kleinere Feld ist jetzt in schwarzer Schrift mit dem Worte „Kasse“ in lateinischen Großbuchstaben und der Bezeichnung der Lohnklasse in arabischen Ziffern überdruckt. Die Marken für die 5 Klassen sind: 20 Bfa. rot, 40 Bfa. grün, 60 Bfa. braun, 100 Bfa. orange. Die neuen Marken werden erst verkauft, wenn die alten aufgebraucht sind.

Brieftelegramme im Verkehr mit Oesterreich. Vom 1. Februar an werden zwischen Deutschland und Oesterreich Brieftelegramme ausgetauscht. Die Gebühr beträgt 50 v. S. für ein gewöhnliches Telegramm, dabei ist eine Mindestgebühr für 20 Wörter zu entrichten. Die Brieftelegramme müssen vor der Anschrift den gebührenden Vermerk „B“ tragen. Andere Vermerke irgendwelcher Art, wie Rb, D, T, sind nicht zugelassen, wohl aber Angaben wie postlagernd, telegraphenlagernd, bahnlagernd. Abgekürzte Anschriften dürfen nicht benutzt werden. Gebührenerstattung findet in keinem Falle statt. Im Übrigen gelten dieselben Bedingungen wie für Brieftelegramme des innerdeutschen Verkehrs. Nähere Auskunft erteilen die Verkehrsanstalten.

Ausstellung des Kleinhandels durch staatliche Verfügung. In Kleinhandelsstellen erteilt eine Rundverfügung der sächsischen Regierung an ihre Amtsstellen unangenehme Auffassen, worin dieselben angewiesen werden, ihren gesamten

Politische Rundschau.

Ein interessanter Beleidigungsprozess. München, 28. Jan. Vor dem Straßengericht München begann heute die Verhandlung über die Beleidigung...

Reichswehrbeleidigungsprozess.

Am Donnerstag wurde vor dem Schöffengericht in Radeberg in dem Beleidigungsprozess der Reichswehr gegen den Lehrer Walter Siemers aus Rausa verhandelt.

Eine Akerbe der Besatzung.

Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz stand der französische Leutnant Barmentier, der Zahlmeister des 28. Pfliegerregiments, der die ihm zur Verwaltung übergebene Kasse um etwa 150 000 Franken im Laufe des Jahres 1924 beschlagnahmt hatte.

Erzgebirge und Sachsen.

Freiberg. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Kommunisten Glasmacher Engel aus Brand-Erbisdorf, der im September v. J. einen Glasmacher, weil dieser angeblich einer rechtsgerichteten Organisation angehörte...

Dresden. Drei Todesopfer einer Gasvergiftung.

In der Dornblütstraße wurden Montag morgen das Schloßerehepaar Schreiber und ein aus Rittau zu Besuch weilender Verwandter in der Wohnung des Ehepaares tot aufgefunden.

Dresden. Eröffnung der sächsischen Landwirtschaftlichen Woche. Montag vormittag wurde die 6. Sächsische Landwirtschaftliche Woche durch den Vorsitzenden des Landeskulturrats Geheimen Oekonomierat Steiger-Beutewitz eröffnet.

Bautzen. Beanstandete Stadtratswahl. Gegen die Wahl des am 6. d. M. zum Stadtrat von Bautzen gewählten Bürgermeisters Dr. Krüger-Ehrenfriedersdorf haben die Linksparteien des Stadtratskollegiums Protest bei der Kreisoberbehörde eingelegt.

Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.

Amerik. Copyright by Lit. Bureau M. Lincke, Dresden 21. (189. Fortsetzung.)

Sie mußte diese schreckliche Botschaft vorläufig vor Gesine verborgen halten und durfte sich gar nichts merken lassen; kaum, daß sie Zeit und Gelegenheit fand.

Um die Quälerei voll zu machen, kam jetzt Gabriel der zurückgekehrt war, alle Tage und versuchte, zu ihr zu dringen. Sie ließ ihm sagen, er möchte seine Besuche einstellen bis zu einer Aussprache, wenn Gesine gesund sei.

Wilderich hatte Runo noch lebend getroffen. Er lag in einem Hospital am Meerestrand und das ge-

Bratzen bei der Reichshauptmannschaft steht noch zur Entscheidung.

Rückberg. Der Fall Weher. Der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossene Stadt. Weher war die stärkste Säule und der Hauptmotor des Kommunismus hier und in der Umgebung. Er trat nach der Revolution zunächst als Sozialdemokrat in das Gemeindevorordnetenkollegium ein.

Schmitten. Mit Deutschaas verärgert hat sich im Kontor seiner Fabrik an der Bahnhofsstraße ein sechsähriger Dolensfabrikant. Schlechter Geschäftsgang soll die Ursache zu dem bedauerlichen Selbstmord sein.

Erfurt. Die Stadtverordneten ohne Presse. Der Magistrat bewilligte den Betrag von 100 000 Mark zur Weiterbeschäftigung von 500 Erwerbslosen. Die Stadtverordnetenversammlung zog sich durch endloses Wortgeplänkel über die vom Magistrat eingebrachten Nachtragsforderungen zum Haushalt 1924 derart in die Länge, daß die Pressevertreter aller Parteien die Sitzung verließen.

Kunst und Wissenschaft.

Die Beobachtung der Sonnenfinsternis.

Neuport, 26. Januar. Die Astronomen sind überaus zufrieden mit dem Ergebnis der Sonnenfinsternisbeobachtungen, deren Beobachtung allerdings noch einige Tage dauern dürfte. Dr. Frey, der Herausgeber des „Scientific American“ meinte, daß drei Jahre erforderlich sein würden, um alle von den 25 Millionen Beobachtern des Vorganges gemachten Beobachtungen zusammenzustellen.

Steigerung der Sehschärfe des menschlichen Auges. Professor Ruy hat in der königlichen Gesellschaft für Medizin in London einen Vortrag über seine Studien am menschlichen Auge gehalten. Er hat durch Experimente an den Augen der Nachtvögel im Londoner Zoologischen Garten festgestellt, daß deren Sehschärfe während der Nacht durch die veränderte Brechung der Lichtstrahlen hervorgerufen wird.

Rur Bekämpfung der Arterienverkalkung wird geschrieben: Es dürfte nur wenige Menschen geben, die bei heranwachsendem Alter als unangenehme Begleiterscheinung nicht an Arterienverkalkung leiden. Diese ist im wahren Sinne des Wortes eine Abnutzungskrankheit, d. h. die in dem jugendlichen Organismus vorhandene Elastizität der Blutgefäße läßt bei jedem Menschen allmählich immer mehr nach.

Neues aus aller Welt.

Eine ganze Familie bei einem Brande umgekommen. In Reichertshofen (Wald) brach in der vorvergangenen Nacht in der Scheune des Landwirts März Feuer aus, das auf das Wohnhaus übergriff.

Großfeuer in der Hohenstraße in Hamburg. Damo 28. Januar. Gestern Abend brach auf der August Döbner in dem Metallaufbereitungsraum der Eisenbahnwerkstatt ein Brand aus, der großen Umfang annahm.

Neues Stillschließungsverbrechen. Der in der sächsischen Zeitung wurde in der letzten Zeit Stillschließungsverbrechen an Kindern berichtet, geltehen geradezu furchtbar waren. Der sch. teigt von der Kriminalpolizei aufgedeckt worden.

Frau Renuus mit ihm in Monte Carlo gewesen und daß sie ihn verlassen habe, als das Glück ihm den Rücken gewendet, um sich an einen älteren reichen Amerikaner zu hängen, mit dem sie abgereist sei.

„Das nur,“ sagte er mit einer abwehrenden Handbewegung, „man soll niemand beklagen, der sterben will. Wir werden nicht gefragt, ob wir geboren werden wollen, es ist wenigstens gut, daß wir gehen können, wann wir wollen.“

Für seine Mutter hatte er einen Brief hinterlassen, doch eins seiner letzten Worte war ein Gruß an Runo. Was alles vorbei war, schickte Wilderich diesen hinterlassenen Brief an seine Mutter und teilte ihr alle Ergebnisse seiner letzten Stunde kurz und sachlich mit.

(Fortsetzung folgt.)

Wagt aber der Verdacht, daß die Zahl der von ihm Verführten

Witz und Witze. Ein mit sechs Personen besetztes Personencar

Wiederemonstration in Wien. Sonntag demonstrieren vor dem Rathaus

Radio als Examenfächer. Ein Student der Medizin in Straßburg

Wissenschaft im Abwärtsschritt. Wie die italienischen Blätter berichten

400 000 Kinder verhungert. Die Hungersnot in der Ukraine

Verstorbene sollen in ganz Hamburg eingeführt werden, um sie

Älteste Eruption unter dem Meere. Aus Kapstadt werden

Eine Ägyptenreise. In der Trinitatiskirche in Weymouth

### Gerichtssaal.

Weil er mit einem nicht zugelassenen Kraftfahrzeug gefahren ist

### Je nachdem.

Von Oberhard von Weitzmann.

Hinter dem Bauernhaus befand sich ein kleiner mit einem

Vor dem Bauernhaus lag ein See und in dessen Mitte eine Insel.

Ein Mann ging vorüber, hielt sich die Nase zu und sprach:

In diesem Augenblick raste ein Auto daher. Das Schwein

Den Mann schweberte der Kraftwagen auf den Kehrichthaufen

### Die Furcht vor dem Scheintode.

So außerordentliche Vorkehrungsmaßnahmen auch heute

In einem englischen Blatt wird eine Anzahl authentischer

### Bunte Zeitung.

Der Streit um die Pferdemarkt.

In Wlogau streitet man sich, wie gemeldet wird, gegenwärtig

Essentielle Waschkücher.

In der Großstadt wächst sich allmählich für die Hausfrauen

werden, wenn alle wartenden Personen abgefertigt sind.

Was hat das Wasser einen Nährwert?

Man ist heute leicht geneigt, Dinge, die nichts kosten, gering

### Turnen, Sport und Spiel.

Spielgruppe Erzgebirge (D. L.). Die Jahreshauptversammlung

Sportverein Alemannia (Fußballabteilung) Aue. Die Spiele

### Volkswirtschaftliches.

Berliner Börserbericht vom 26. Januar. Die Börse eröffnete

Es gibt auf jedem Kaufgebiet Ein „Bestes“

Es gibt auf jedem Kaufgebiet Ein „Bestes“ daß die Käufer „zieht“

\*) Feinste Marken.

Beim... 40 v... selbe... mit d... Verei... Geich... dem... Danb... Sach... bring... den... steilig... staat... Finan... erstu... auch... Steuer... teuer... deren... And... Wirt... der... hat d... berei... Verei... sterlu... Wie... 7. Se... schaft... stellun... gen... Betrie... Art... landw... die B... forsch... oebot... schritt... Lande... die B... fulm... auch... Früh... ein G... laden... Kritis... und f... gebild... ler... Deira... über... besim... und t... jeben... w in... Geich... von... der... in... nach... tung... lenden... 99 B... Bescha... dem... rat... Freite... durch... Magd... vord... der W... Freu... ist zur... hoch... Stall... Bracht... Anna... men... Brach... men... schon... ehe er... ruft... berpe... tung... unfle... ein R... Lager... 18 G... grenz... räum... Kritis... des B... dide... den b... 800 00... nung... abend... worde... durch... len, E... in ho... verur... brand...

Bedarf an Glühlampen bei dem Glühlampenzern der Glasmenschenwerke, der AGO. und Otram-Gesellschaft zu decken, die für solche Bezüge der Regierung einen Rabatt von 40 v. H. eingeräumt haben.

Die Schlachtsteuer. Vom Landesauschuss des Sächsischen Handwerks wird geschrieben: Der Landesauschuss des Sächsischen Handwerks ist in Gemeinschaft mit dem Bezirksverein Sachsen im Deutschen Fleischerverbande früher in wiederholten dringenden Eingaben beim sächsischen Finanzministerium und Landtage wegen völliger Beseitigung der Schlachtsteuer vorstellig geworden.

Landwirtschaftliche Landesausstellung Dresden 1925. Wie bereits bekannt gegeben, findet in den Tagen vom 4. bis 7. September dieses Jahres in Dresden-Reick die Landwirtschaftliche Landesausstellung statt.

### Erzgebirge und Sachsen.

Richterian. Einbruchsdiebstahl. Am Freitag früh gegen 3 Uhr wurde in einem hiesigen Grünwarengeschäft ein Einbruch versucht.

Schönheide i. B. Ermittelter Diebstahl. Ein hier unter dem Namen Richard Kunze aufgetretener Diebstahlhändler ist jetzt als der 28 Jahre alte Schmied Walter Alfred Strobel aus Ruppertsgrün bei Werdau ermittelt.

Altenhain i. Sa. Aus dem sächsischen Musikwinkel. „Kostlose“ Totenbestattung. Die Geschäftsfrage in der Harmonika-Industrie verschlimmert sich von Woche zu Woche.

Annaberg. Großfeuer. Im benachbarten Buchholz brach am Donnerstagabend gegen 10 Uhr in den Lagerräumen der Fa. H. W. Gutberlet ein Brand aus, der vermutlich schon geraume Zeit im Innern des Hauses bestanden hatte.

Auerbach i. B. Wassermangel. Mit lebhafter Genugtuung ist besonbers im östlichen Vogtlande der seit Sonnabend mittag endlich eingetretene starke Schneefall begrüßt worden.

bakteriologischen Untersuchung als nicht einwandfrei befunden wurde. Die Gemeindebehörde fordert die Einwohnerschaft auf, das zur Verwendung im Haushalt bestimmte Wasser stets abzukochen, da bei Gesundheitschädigungen kein Schadenersatz geleistet werden würde.

Remle. Ertrunken. Hier stürzte ein 10jähriges Schulmädchen in den Mühlgraben und ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Waldau. Töblicher Unfall. Am Sonnabend gegen 8 Uhr wurde auf dem hiesigen Vereinsplatz ein Arbeiter bei der Ausübung seines Berufes am Fördergerüst am Kopf so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb.

Grimmischau. Fetter Konkurs. Im Konkurs über das Vermögen der Wäpfefabrikation und Textilhandlung Wächter und Thümmler sind für die zweite Abschlagsverteilung 57 368 Mark nichtvorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen.

Birna. Zusammenstöße zwischen Vaterländischen und Kommunisten. Anlässlich der Frankennote des „Stahlhelm“ und des „Wehrwolf“ stand am Sonntag die ganze Stadt Birna im Zeichen der Farben Schwarz-Weiß-Rot.

Baunzen. Frankreich fürchtet unsere Nachwachter. Wie Amtshauptmann Dr. Jungmann in der Bezirksauskunftung mitteilte, sind dem Bezirke außerordentlich viel Arbeitsleistungen erwachsen durch die lästigen Berichte für die Kontrollkommissionen des Friedensvertrages.

Bittau. Aus der Ärzte-Organisation ausgeschlossen. Wegen schwerer sittlicher Verfehlungen, die während der Ausübung seiner ärztlichen Praxis, bei nach einer öffentlich erlassenen Erklärung der Freie Ärzteverein von Bittau und Umgebung den hiesigen praktischen Arzt Dr. Brininger auf einstimmigen Beschlusse des Ausschusses vom Ärzteverein ausgeschlossen.

### Kunst und Wissenschaft.

Operetten-Abend des Dramat. Vereins Aus. Es wird uns geschrieben: Freitag, den 23. Jan. fand im Bürgergarten die Aufführung einer Operette statt, zu der der bekannte Dresdner Bühnenschriftsteller Felix Renker den Text und deschematische Regiebuchautor Kapellmeister Bruno Brenner die Musik geschrieben hatte.

Operetten-Abend des Dramat. Vereins Aus. Es wird uns geschrieben: Freitag, den 23. Jan. fand im Bürgergarten die Aufführung einer Operette statt, zu der der bekannte Dresdner Bühnenschriftsteller Felix Renker den Text und deschematische Regiebuchautor Kapellmeister Bruno Brenner die Musik geschrieben hatte.

Operetten-Abend des Dramat. Vereins Aus. Es wird uns geschrieben: Freitag, den 23. Jan. fand im Bürgergarten die Aufführung einer Operette statt, zu der der bekannte Dresdner Bühnenschriftsteller Felix Renker den Text und deschematische Regiebuchautor Kapellmeister Bruno Brenner die Musik geschrieben hatte.

### Aufführung der Oper „Coppelia“

Einen ziemlich stürmischen Abend gab es bei der Aufführung von Walter von Moos „Lebensballade“ im Leipziger Schauspielhaus.

### Pläne der Dresdner Staatsoper

Wach der Erstaufführung des „André Chénier“ wird das Ballett „Coppelia“ von Delibes in einer Neuaufstudierung von Ellen v. Cleve-Beg zusammen mit Wenders „Alu Hessa“ in Szene gehen.

### Letzte Drahtnachrichten

Berlin, 26. Jan. Die hiesige polnische Gesandtschaft erklärt, daß die in deutschen Blättern verbreiteten Gerüchte über angebliche Konzentrationen polnischer Truppen im Zusammenhang mit dem Danziger Zwischenfall jeder Grundlage entbehren.

Berlin, 26. Jan. Die Kriminalpolizei hat den Wächter der Frau Janda aus der Elisabethstraße festgenommen. Er hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

München, 26. Jan. Im Haushaltsausschuss des Landtages erklärte bei Beratung des Handelsrats Handelsminister Dr. v. Meinel, die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern über die Aufstellung von Nicht-Akten für die Ausnahme von Auslandskrediten durch die Länder hätten zu einer Einigung geführt.

Paris, 26. Jan. In der Nachmittagsitzung der Kammer erinnerte Herriot daran, daß man auf Konferenz von Saalonne Deutschland gestattet habe, 1 Polzei um 50 000 Mann zu verstärken.

Paris, 26. Jan. Auf der Bezirksratung der sozialistischen Partei im Departement Tarn in Albi gestern eine Resolution angenommen, in der die Forderung der Unterstützungspolitik gefordert wird, wo Sturz des Kabinetts Herriot Frankreich wieder die Aktion überlassen würde.

### Wetterberichte von den Winterportplätzen.

Table with 4 columns: Auerbach, Johanngeorgenstadt, Steinbach, Auerberg. Rows include Temperatur, Windrichtung, Wetterlage, Schneehöhe, Schneeflockenfall, Bahn für Rodel, Bahn für Schlitten, and Sonstiges.

### Volkswirtschaftliches.

Table with 2 columns: Notierungen and Preise. Rows include Ochsen 1. Qualität, Ochsen 2., Ochsen 3., Ochsen 4., Bullen 1., Bullen 2., Bullen 3., Bullen 4., Ralben und Ralbe 1., Ralben und Ralbe 2., Ralben und Ralbe 3., Ralben und Ralbe 4.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Herrfurth, Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Auer.

An der Spitze stehen Krügerol-Katant-Bomben mit dem... wirkendsten Zusatz.

